

Entwurfs- /Architekturkonzept

"... I used the elements of ... simple forms – square, cube, line and color – to produce logical systems. Most of these systems were finite; that is, they were complete using all possible variations. This kept them simple."
(Sol LeWitt)

Das Kölner Justizzentrum ist das größte Gerichtszentrum Nordrhein-Westfalens. Es umfasst das Landgericht, das Amtsgericht und die Staatsanwaltschaft Köln mit rund 1.800 Bediensteten. Da das bestehende Justizgebäude an der Luxemburger Straße 101 in Köln einen erheblichen Sanierungs- und Modernisierungsbedarf aufweist, soll ein neuer Gebäudekomplex errichtet werden.

Städtebauliche Einbindung / Freiraum

Das Konzept für den Neubau des Justizzentrums Köln sieht ein städtisches Ensemble mit Abfolge von sechs Baukörpern inklusive einem Hochpunkt vor, das in zwei Bauabschnitten errichtet wird. Die sechs Gebäude teilen sich in jeweils drei zueinander versetzte und über Eck verknüpfte Gebäude, die sich zur Geste der geöffneten Arme formieren. Das Versetzen der Gebäudekörper lässt Platz- sowie Eingangssituationen entstehen und sorgt für räumliche Übergänge, die den Komplex strukturieren. Dabei klammern die äußeren beiden Gebäude den Gesamtkomplex zur Rudolf-Amelunxen-Straße im Osten und zur Luxemburger Straße im Westen hin zusammen. Die locker gestellten Baukörper mit unterschiedlichen Gebäudehöhen, die sich am Bestand orientieren, fügen sich in die Maßstäblichkeit der Umgebung ein. Der 105m hohe Hochpunkt bildet einen Dreiklang mit dem UNI-Center (135m) im Südwesten und dem Weltkulturerbe Kölner Dom (157,22m) im Zentrum der Stadt, und dient mit seiner Fernwirkung Angestellten des Justizzentrums wie Besuchern als Landmarke.

Eine zugrundeliegende, funktionale und einfache Rastergeometrie ermöglicht Fassadentypologien, unterstreicht die Homogenität aller Gebäude und verdeutlicht, dass es sich um einen zusammenhängenden Komplex handelt. Hierbei erinnert der Entwurf an die präzisen Gitterrahmen-Skulpturen von Sol LeWitt, die das tragende System im Inneren mit dem Äußeren verbinden. Der US-amerikanische Künstler experimentierte mit modularen Strukturen, die er wiederholte, variierte und nach bestimmten Regeln anordnete, sodass serielle Gefüge entstanden. Diesem Prinzip folgt auch der Entwurf für das Justizzentrum, indem er einen Bezug zu den Werten der Judikative herstellt: Nachvollziehbarkeit, Sicherheit, Transparenz und Solidität.

Das Justizzentrum wird im Norden mit einem großzügigen Freiraum verbunden. Auf diese Weise wird der historische Innere Grüngürtel erweitert und mit wichtigen öffentlichen Gebäuden zusammengeführt. Entlang der Baumallee, die den Übergang zwischen Park und Justizzentrum bildet, werden die Besucher zum repräsentativen Vorplatz geführt, der mit einer großzügigen Geste mit dem Park verbunden ist, und in den Haupteingang des Justizzentrums geleitet. Das Entrée wird von einem repräsentativen Arkadengang gerahmt, der die klare Ordnung und Würde der Judikative unterstreicht. Der zweigeschossige Sockelbereich bildet eine Transparenz aus, die in die Stadt ausstrahlt und die Entscheidungsfindung der jeweiligen Gerichtszweige für die Bürger nachvollziehbar und sichtbar macht, was im besonderen Maße die für eine unabhängige Justiz grundlegende Öffentlichkeit unterstreicht. Gleichzeitig ermöglicht das Versetzen der Gebäudevolumen Bereiche mit unterschiedlichen Sicherheitsanforderungen und reguliert das Maß an Transparenz und Privatheit.

Erschließung

Die bislang als Durchfahrtsstraße genutzte Hans-Carl-Nipperdey-Straße wird in Zuge der neuen verkehrlichen Konzeption bis zur Mitte des Areals geführt, um die barrierefreie Verknüpfung zwischen Park und Justizzentrum herzustellen.

Das Verkehrskonzept sieht eine räumliche Trennung der Funktionen vor: Im Norden erfolgt die Anbindung für Besucher und Beschäftigte mit individuellen Verkehrsmitteln – zu Fuß, per Rad und PKW sowie mit dem Bus über die zentralen Haltestellen. Durch die frühzeitige Zusammenführung der Straßen aus Westen wird eine Vorfahrtzone geschaffen, die von der Haupteinfahrt abgekoppelt ist. Im Süden sind Anlieferung und Andienung untergebracht. Einzig der Busverkehr und Einsatzfahrzeuge können durchfahren. Die Trennung der Verkehre erfolgt im Übergang zwischen den nördlichen Zufahrten zu den Tiefgaragen und dem südlich angrenzenden bestehenden Wendeplatz. Zusätzlich gibt es die Zu- und Ausfahrt zur Tiefgarage über die Rudolf-Amelunxen-Straße. Der Wirtschaftshof wird von der Rudolf-Amelunxen-Straße angefahren. Die alternative Anfahrt aus Westen erfolgt über die Fahrspur für Busverkehr und Einsatzfahrzeuge.

Funktionalität

Funktionalität und Nutzungsqualität

Alle Sitzungssäle sind jeweils über vier Geschosse gestapelt, um die Vorfahrtreppenhäuser möglichst effizient zu gestalten und lange Wege zu vermeiden. Dabei gruppiert sich ein Großteil der Säle um die gemeinsamen Atrien mit repräsentativen Treppenanlagen. Neben der Bibliothek und der Kantine kann auch die Dachterrasse, die den Besuchern und Bediensteten einen ruhigen Aufenthalts- und Pausenort bietet, über eines der Atrien erreicht werden. Ergänzt wird das Gebäudeensemble mit einer zweigeschossigen Tiefgarage und einer Fahrradgarage.

Während sich die repräsentative Seite des Komplexes zum Park hin öffnet, übernimmt die nach Südosten gehende Rückseite die dienende Funktion eines Wirtschaftshofs, der über beide Seiten (Hans Carl Nipperdey Straße / Rudolf Amelunxen Straße) angefahren werden kann und separate Einfahrten für die Andienung sowie die Gefangenentransporte ausweist. Hier befindet sich auch der Helikopter Landeplatz.

Sicherheit

Um den besonderen Sicherheitsanforderungen eines Justizzentrums gerecht zu werden, ist ein zielorientiertes Sicherheitskonzept vorgesehen, das die gesetzlich vorgeschriebene Öffentlichkeit im Bereich der Sitzungssäle ebenso gewährleistet wie die unterschiedlichen Sicherheitsanforderungen der Gerichte im nicht öffentlichen Bereich.

Die Erschließung erfolgt über den zentralen Platz in ein gemeinsames Foyer mit großzügigem Luftraum, das sich in der Folge über drei Sicherheitsschleusen in die einzelnen Gebäudeteile aufteilt. Die baulichen und technischen Sicherheitsmaßnahmen sind so ausgeführt, dass sie den Dienstbetrieb der einzelnen Nutzer unterstützen und optimieren. Innerhalb des Gebäudes sind unterschiedliche Sicherheitszonen ausgebildet: Diese reichen vom unkontrollierten und öffentlichen Bereich der frei zugänglichen Eingangshalle über kontrollierte Bereiche für die Öffentlichkeit, Besucher und Angestellten bis hin zu kontrollierten Sonderbereichen mit höchsten Sicherheitsanforderungen wie etwa die Vorführräume oder Gefangenenwege: So werden die Gefangenen durch eine Schleuse in getrennte Treppenkerne geleitet, die gesondert in die Sitzungssäle führen. Eine durchgehende gemeinsame Erschließungsachse verbindet alle Gebäudeteile intern miteinander, so dass nach dem Passieren der Sicherheitseinrichtungen Bedienstete in jeden Bereich gelangen können.

Wirtschaftlichkeit

Die Anordnung der Gebäude gewährleistet eine hohe Funktionalität und Wirtschaftlichkeit des Gebäudeorganismus durch eine sinnvolle Vernetzung der einzelnen Gerichtsbarkeiten und lässt sich in jeweils einzelnen Etappen errichten.

Das Raumprogramm mit den Nutzungen Landgericht, Amtsgericht und Staatsanwaltschaft ist in sechs kompakten Baukörpern, die über Glasfugen miteinander verbunden sind, organisiert. Dabei wird in zwei Bauabschnitten unterschieden: Der erste Bauabschnitt im Osten umfasst einen Hochpunkt, in dem die Staatsanwaltschaft sowie Teile des Strafgerichts untergebracht sind. Im Sockel sind die großen Sitzungssäle abgebildet, da dort große Raumtiefen realisiert werden können. In den anderen zwei Gebäudeteilen liegen weitere Räumlichkeiten des Strafgerichts sowie das Zivilgericht und die Kantine. Über eine Brücke, die die unterschiedlichen Geschosshöhen durch Treppenanlagen abfängt, gelangt man in den zweiten Bauabschnitt im Westen, dessen drei Gebäude vom Land- und Amtsgericht genutzt werden.